

POM 47 2016.POM.255

Rückweisungsantrag

Version 2

21.11.2016 / AO

Projekt Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern (NA-BE) ; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich

Urheber/-in	Rückweisungsantrag		+	-
	Rückweisung		++	--
	Das Projekt Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern (NA-BE) ; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich wird an den Regierungsrat zurückgewiesen mit folgenden Auflagen:			-
	1. Allgemeines			
GSoK Mehrheit (Kohler)	1.1.	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Ergebnisse der laufenden Pilotprojekte in die überarbeitete Strategie einfließen.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	1.2.	Bis zur Gesetzesrevision informiert der Regierungsrat die zuständigen Kommissionen über die Umsetzungskonzepte bei den wesentlichen inhaltlichen Meilensteinen.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	1.3.	Der Regierungsrat führt in der überarbeiteten Strategie die mit der Strategie verbundenen Risiken transparent auf und benennt entsprechende Lösungsansätze.	+	

	2. Organisatorisches, Zuständigkeiten			
GSoK Mehrheit (Kohler)	2.1.	Der Regierungsrat definiert in der überarbeiteten Strategie klare Zuständigkeiten und möglichst wenige Schnittstellen zwischen den Akteuren und baut Doppelspurigkeiten ab.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	2.2.	Der Regierungsrat stellt mit der überarbeiteten Strategie sicher, dass das Potential der Zivilgesellschaft (Freiwillige und Organisationen) besser genutzt werden kann.	+	
	3. Integration			
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.1.	Der Regierungsrat konkretisiert in der überarbeiteten Strategie die Integrationsmassnahmen.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.2.	Der Regierungsrat legt in der überarbeiteten Strategie die Wirkungsziele für die sprachlichen, sozialen und beruflichen Integrationsmassnahmen für alle Personen und Institutionen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs fest.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.3.	Der Regierungsrat prüft in der überarbeiteten Strategie das Bündner Modell und übernimmt ggf. Elemente davon.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.4.	Der Regierungsrat legt in der überarbeiteten Strategie fest, dass das Nichteinhalten der Integrationsvereinbarungen sanktioniert wird.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.5.	Der Regierungsrat stellt mit der überarbeiteten Strategie sicher, dass die Erwerbsquote um mehr als 5% steigt, sofern an den vorgesehenen Integrationsmassnahmen festgehalten wird.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.6.	Der Regierungsrat sorgt mit der überarbeiteten Strategie für die Förderung niederschwelliger Arbeitsintegrationsmassnahmen.	+	
GSoK Mehrheit (Kohler)	3.7.	Der Regierungsrat stellt mit der überarbeiteten Strategie sicher, dass die Wirtschaft angemessen in die Integrationsprozesse eingebunden wird.	+	
BDP (Herren)	3.8	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Wirtschaft inkl. Landwirtschaft angemessen in die Integrationsprozesse eingebunden wird.		-

	4. Kosten			
GSoK Mehrheit (Kohler)	4.1.	Der Regierungsrat weist in der überarbeiteten Strategie die Gesamtkosten des Asyl- und Flüchtlingsbereichs und der Neustrukturierung transparent und konkret aus. Ziel der Massnahmen ist, dass die Bundespauschale die Kosten des Asyl- und Flüchtlingsbereichs deckt. Falls die Kosten die Bundesbeiträge übersteigen, sind die Abweichungen zu begründen.	+	

+ Angenommen / ++ stillschweigend angenommen / - abgelehnt / -- zurückgezogen